

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, außschl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 21. November 1911.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsdirerate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 134.

Zur Situation!

Einer gutbesuchten Bezirksversammlung in Wonn erstattete Gauvorsteher Albrecht ein Referat über: „Die Situation nach den Tarifverhandlungen und unsre Aufgaben“, darin ein deutliches Bild von den Schwierigkeiten der diesmaligen Verhandlungen entrollend und in verbiederter Weise des erbärmlichen Verhaltens des Vertreters des Gutenbergsbundes gedenkend. Eine Diskussion wurde nicht gewünscht, doch nahm die Versammlung eine Resolution an, worin sie ihre Befriedigung mit dem Tarifergebnis ausdrückte. Wenn auch bedauerlicherweise die Maschinenfeger in Zeitungsbetrieben eine Verlängerung der Arbeitszeit hätten in Kauf nehmen müssen, so erblicke die Kollegenschaft demgegenüber in dem für die Allgemeinheit Ertrungenen einen Ausgleich auf dem ganzen Gebiete. Den Gehilfenvertretern wurde für ihre aufopfernde Tätigkeit Dank ausgesprochen. In Wernigerode kam bei der Besprechung des Tarifergebnisses das Bedauern über die verschiedenen Verschlechterungen für die Maschinenfeger und Drucker zum Ausdruck, doch seien Angehörige der erstgenannten Sparte daran nicht ohne Schuld. Allseitig wurde anerkannt, daß die Gehilfenvertreter ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan hätten. Die Mitglieder des Ortsvereins Spandau nahmen den objektiv gehaltenen Bericht des Gehilfenvertreters Kirchner (Stettin) über die Tarifverhandlungen entgegen. In der Diskussion wurden insbesondere die eingetretenen Verschlechterungen des Maschinenfegertarifs sowie die Vertrauensmännerfrage scharf kritisiert. Auch bedauerte man lebhaft, daß der lange gehegte Wunsch der Spandauer Kollegen, zum Tarifkreis VIII zu kommen, keine Berücksichtigung gefunden habe. In der angenommenen Entschliebung erklärte sich die Versammlung im allgemeinen mit dem neuen Tarif einverstanden, bedauerte aber die eingetretenen Verschlechterungen in bezug auf das Vertrauensmännerystem und die Maschinenfeger. Als größte Enttäuschung wurde die Ablehnung des Antrags auf Zuteilung Spandaus zum VIII. Tarifkreis bezeichnet. Eine starkbesuchte Versammlung in Mewel beschäftigte sich nach einem Referate des Kollegen Dreus eingehend mit dem Resultate der Tarifverhandlungen. In der regen Diskussion wurde anerkannt, daß von den Gehilfenvertretern alles aufgeboten sei, um so viel wie möglich herauszuschlagen. Scharf verurteilte man es aber, daß die Prinzipale darauf bestanden hätten, den Maschinenfegern in Zeitungsbetrieben eine halbe Stunde Arbeitszeit mehr aufzubürden und außerdem die Mindestleistungen zu erhöhen. Dieses müsse entschieden als ein Rückschritt betrachtet werden. Von der Annahme einer Resolution wurde Abstand genommen. Eine allgemeine Buchdruckerversammlung in Lyck (Ostpr.), in der 32 Kollegen aus fünf Druckorten vertreten waren, nahm einen Vortrag des Gauvorstehers Meisner (Rbnigsberg) über das Thema: „Der neuerevidierte Tarif und seine Durchführung“ entgegen. Nach kurzer Diskussion gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, worin sich die Versammlung mit den Verbesserungen des neuen Tarifs trotz der nicht allgemein befriedigenden Ergebnisse einverstanden erklärte. Die schwierige Stellung der Gehilfenvertreter bei den Tarifberatungen wurde anerkannt. In Tauberbischofsheim erstattete Kollege Schneider (Heidelberg) Bericht über die Bezirksvorsteherkonferenz und besprach das Ergebnis der Tarifrevision, mit dem man sich unter Würdigung der mühevollen Tätigkeit der Gehilfenvertreter einverstanden erklärte. Gleichzeitig wurde bedauert, daß die Maschinenfeger neben Verbesserungen auch Verschlechterungen mit in Kauf nehmen

mußten. Nachdem Gauvorsteher Wagner in Kolmar bereits Bericht über die Tarifverhandlungen erstattet hatte, beschloß man, einen Delegierten nach Straßburg zu entsenden, zur Fortsetzung der dortigen Generalversammlung. Im Anschluß an den Bericht dieses Delegierten, der im Bezirksvereine Kolmar gegeben ward, fand eine Resolution Annahme, in der das Stimmungsbild der Versammlung eine Skizzierung erfährt. Es wird darin den Gehilfenvertretern das Vertrauen ausgesprochen, daß sie ihre Pflicht voll und ganz erfüllt haben. In Anbetracht der Seuerungsverhältnisse hätten die Mitglieder in materieller Beziehung mehr erwartet; sie verurteilen insbesondere die Verschlechterungen in bezug auf die Sehmassnahmen, stimmen aber in Rücksicht auf die vorhanden gewesenen Schwierigkeiten den Abmachungen des Tarifausschusses zu. In einer zweiten Resolution wurde der Straßburger Kollegenschaft wegen ihrer Haltung in der Sozialzuschlagsfrage die Sympathie der Kolmarer Kollegen ausgedrückt. Der Bezirk Braunschweig nahm in einer Bezirksversammlung Stellung zum neuen Tarife. Von den Maschinenfegern und Druckern wurde Kritik an den für sie ungünstigen Bestimmungen geübt, ferner auch daran, daß für die Höherentlohnnten die materielle Erhöhung des Tarifs nicht tariflich festgelegt wurde. Eine loyale Handhabung der Zusage, daß auch die mit mehr als 3 Mk. über Minimum entlohnnten Gehilfen eine angemessene Zulage erhalten sollten, wird erbetet. Die nicht zu unterschätzenden Vorteile, die der neue Tarif dem größten Teil der Kollegen bringt, wurden jedoch ebenfalls anerkannt und von einem Diskussionsredner betont, daß man bei der Beurteilung nicht nur die Verschlechterungen, sondern auch die Ertrungenschaften des neuen Tarifs beachten müsse. Wer den neuabgeschlossenen Tarif als Ganzes betrachte und bewerte, könne nur zu der Überzeugung kommen, daß ein guter gewerkschaftlicher Erfolg zu verzeichnen sei. Die Debatte verlief ruhig. Von der Fassung einer Resolution wurde Abstand genommen.

Die Maschinenfegervereinigung Kassel-Württemberg beschäftigte sich in ihrer letzten Monatsversammlung mit dem neuen Tarife. Was da alles von zahlreichen Rednern in der Diskussion ausgeführt wurde, war wenig schmeichelhaft für die Gehilfenvertreter. An neuen Momenten schloß es indes. Die scharfe Abrechnung spiegelte sich in der angenommenen Resolution wider, die gegen die Abmachungen in betreff der Sonderbestimmungen für Maschinenfeger protestiert. Die Vereinigung würdige wohl die Schwierigkeiten, die den Gehilfenvertretern durch die unannehmbaren und von wenig sozialem Verständnis zeugenden Gegenanträge der Prinzipale bereitet worden seien, die Gehilfenvertreter hätten aber unter keinen Umständen den gestellten offensichtlichen Verschlechterungen in bezug auf die ideale Seite zustimmen dürfen. (Was die Folge für die Allgemeinheit gewesen wäre, wird leider nicht gesagt. Red.) Vertreters der zehnprozentigen Lohnerhöhung wurde bedauert, daß diese nicht sämtlichen Gehilfen garantiert sei, sondern daß die mit 3 Mk. über Minimum entlohnnten Kollegen auf die Loyalität der Prinzipale angewiesen wären. Die Maschinenfeger aus dem Bezirk Wachen bedauerten nach Besprechung des neuen Tarifs auf das Lebhafteste, daß es den Gehilfenvertretern nicht möglich gewesen sei, die Verschlechterungen für die Maschinenfeger, insbesondere hinsichtlich der Verlängerung der Arbeitszeit in Zeitungsbetrieben, abzuwenden. Im übrigen wurden die Ertrungenschaften für die Allgemeinheit anerkannt, aber man glaubte von den verschlechterten Positionen der Maschinenfeger schwere Schädigung der Allgemeinheit

befürchten zu müssen. In einer starkbesuchten Maschinenfegerversammlung in Freiburg i. B. kam die Erregtheit zum Ausdruck, welche sich gegen die Verschlechterungen der Maschinenfeger im neuen Tarife geltend macht. Man hätte sich lieber mit einer geringeren Lohnerhöhung abgefunden als mit dieser Verlängerung der Arbeitszeit und der Erhöhung der Stundenleistung. Die Verteilung von Verbandsmitgliedern an der Leipziger Wettfegerei wurde scharf verurteilt. Die Maschinenfeger müßten sich noch enger zusammenschließen und mehr Material für die Zukunft sammeln, um jeden weiteren Verstoß der Prinzipale abwehren zu können. Man müsse sich wundern, daß nur die Prinzipale mit „Stößen von Material“ versehen gewesen seien. Von einer Resolution wurde abgesehen, da eine solche schon in der Bezirksversammlung gefaßt und im „Korr.“ veröffentlicht wurde. Der Maschinenfegerklub fürs Allgäu hielt eine gutbesuchte Versammlung in Kempten ab, die sich ebenfalls mit dem neuen Sehmassnahmen beschäftigte. Die Verschlechterungen, die dieser den Maschinenfegern bringt, wurden lebhaft kritisiert und bedauert, daß die Gehilfenvertreter diese Verschlechterungen nicht abzuwenden vermochten. In Stelle der Arbeitszeitverlängerung hätten die Kollegen lieber eine geringere Lohnaufbesserung in den Kauf genommen. Die Mitgliedschaft war jedoch der Ansicht, daß sich auch auf einen außerordentlichen Maschinenfegerkongresse keine besseren Bedingungen mehr erreichen lassen würden und sprach sich gegen die nachträgliche Einberufung eines solchen, wie er von einigen Vereinigungen gefordert wurde, aus.

Eine allgemeine Versammlung, die vom Maschinenmeistervereine Düsseldorf einberufen worden war, hatte leider nicht einmal ein Drittel der Spartenkollegen auf die Beine gebracht. Kollege Kiefer (Mün) referierte über: „Die Tarifrevision und die Sonderbestimmungen für Maschinenmeister“. Er wies auf die Schwierigkeiten für Apparatmaschinen; auch hier war mit Verhältnissen zu rechnen, die durch die Laufzeit der Kollegen sich eingeleistet hätten. Persönlichen Vorteilen zuliebe, also aus Egoismus, würde leider oft das Allgemeininteresse preisgegeben. Weiter kritisierte der Referent das Verhalten der Zentralkommission, die sich der Zeit nicht gewachsen gezeigt und deren Obmann vollständig versagt habe, indem er aus wichtigen Gründen den Verhandlungen einfach fernblieb. In der Diskussion kam allseitig zum Ausdruck, daß der neue Tarif das nicht gebracht habe, was man erwartete, daß aber scharf darauf zu halten sei, daß die jetzigen Bestimmungen auch durchgeführt würden. Mit allen Kräften müsse gearbeitet werden, um die Außenstehenden in die Spartenvereine zu bekommen. Besonders abfällig kritisiert wurde das Verhalten des Obmanns der Zentralkommission. Es sei nicht scharf genug zu tadeln, wenn die Führer in solchen schwierigen Zeiten versagten.

Der Württembergische Korrektorenverein in Stuttgart befaßte sich in einer außerordentlichen Versammlung u. a. auch mit tariflichen Fragen. Es wurde dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß bei den Tarifverhandlungen für die Korrektoren nichts erreicht werden konnte, und daß die Experten zu den Verhandlungen nicht hinzugezogen wurden.

Rampf um Sein oder Nichtsein?

(Glatz.)

Mit den Zeitungsverlegern tritt bekanntlich Schulter an Schulter bei den Tarifberatungen der Buchverlag. Diese beiden Sparten waren es, die den Gehilfenmandatären in Berlin das Leben recht sauer machten und die Verhandlungen so schwierig gestalteten, daß der von einer gewissen Richtung — das allzeit kollektbedürftige Heilsarmee des Arbeitgeberverbandes zählt als Kriegspartei extra noch — gewollte Kampf mehrmals so nahe gerückt war, daß man schon den ersten Donner zu hören vermeinte. Wenn es aber einmal so weit ist, dann, bei einer solchen Zuversichtlichkeit der Unternehmern, hat für die andre Seite die Sache doch einen Haken. Für uns Gehilfen war es, wie der „Korr.“ in Übereinstimmung mit dem „Korrespondenzblatt“ und der „Leipziger Volkszeitung“ erklären konnte, weniger die Schafmachelei, sondern unsere Bedenken lagen auf maschinellen Gebieten.

Was die hier genannten Organe nach den kritischen dreizehn Tagen zum Ausdruck brachten, hatten wir vorher längst schon vorsichtig aufklärend und vorbeugend im „Korr.“ angedeutet. Wo der Hase diesmal im Pfeffer liegen würde, war nach der Broschüre des Zeitungsverlegervereins, den Publikationen der Buchverleger und nicht am letzten nach der Schrift Dr. Walter de Gruyters sozusagen sonnenklar. Daß nicht allein die Setzmaschine in Frage komme, sondern auch die Druckmaschinen eine Rolle spielen würden, stand schon nach der in der vorigen Nummer näher benannten Veröffentlichung des Zeitungsverlegervereins fest. Unser Redaktionskollege Schäffer hat deshalb auch in seiner größeren Artikelserie zu Anfang vorigen Jahres gewisse Möglichkeiten nach dieser Richtung ins Auge gefaßt und seine warnende Stimme erhoben. Das alles war notwendig, sollte die Kollegenchaft die Situation bei den Tarifberatungen nicht unvorbereitet treffen und das Verbandsorgan nicht einer schweren Unterlassungssünde geziehen werden. Auch hat sich ja die Generalversammlung in Hannover recht eingehend mit der prinzipiellen Seite der diesmaligen Tarifrevision befaßt, und wer Zeuge dieser dreitägigen geschlossenen Verhandlungen war, muß begriffen haben, wo die Fahrt hingehen würde.

Um so mehr waren wir überrascht — es ist dies der gelindeste Ausdruck für unser Empfinden —, als uns beim Schreiben dieser Zeilen eine retrospektive Betrachtung über das Ergebnis der Tarifrevision von gar nicht so untergeordneter Stelle in der Gehilfenchaft zu Gesicht kam, die von einer solchen Verkennung der tatsächlichen Verhältnisse und der seit Jahren sich so wie gesehenen zuspitzenden Situation zeugt, daß man verwundert fragen muß, ob der oder die Verfasser resp. Beurteiler denn seither in einem traumverlorenen Lande gelebt haben. Wir haben schon manche schiefe Auffassung der Dinge in den letzten acht Wochen kennen gelernt, eine solche förmlich gewaltsame Verkennung der diesmal obwaltenden Schwierigkeiten, des dennoch erzielten Resultats und der gewerkschaftlichen Bedeutung eines derartigen Tarifabschlusses überhaupt ist uns zum Glück aber doch nicht ein zweites Mal begegnet.

Da paßt es sich ausgezeichnet, daß in dem gleichen Augenblicke die erregteste Sparte auf der andern Seite kommt und zieht aus der Tarifrevision die Bilanz, daß — die Prinzipalität viel zu nachgiebig gewesen wäre! Bei festem Auftreten wäre mehr herauszuholen gewesen für — die Buchverleger! Denn um diese selbstlose „Freundnachbarschaft“ handelt es sich. Wir kommen auf diese bis jetzt stärkste Leistung dieser getreuen Nachbarn in der nächsten Nummer noch näher zu sprechen. Aber jetzt schon müssen wir sagen, daß, sollten die Sparteninteressen und die Spartenaufgaben Hilfen und Kräfte der Weisheit letzter Schluss sein, die Allgemeinheit sich gestraft begeben lassen könnte.

Wie der Buchverlag und Arm in Arm mit ihm der Verband der Fachpresse nun für ihre Interessen den Ausfall der Tarifrevision zu fruchtbareren Gedanken, läuft auf eine weitere Schindung des

Buchdruckgewerbes hinaus, was den lebhaftesten Protest nicht nur der Prinzipale, sondern auch der Gehilfen herausfordern muß, denn wir sind bei den buchhändlerischen Begünstigungsversuchen ja auch die Leidtragenden.

Da ist es denn doch gewerbedienlicher, wie die Zeitungsverleger sich mit dem neuen Tarif abzufinden gedenken, und wie sie nach einem Ausgleiche trachten, dem behaupteten Kampf um Sein oder Nichtsein für viele Verleger zu einem erträglichen Ausgange zu verhelfen.

Am 17. November brachte der „Zeitungsverlag“ an der Spitze seiner Nr. 46 eine Bekanntmachung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, die sich an die Abonnenten und Inserenten wendet mit der Mitteilung, daß ein Ausgleich für die verteuerten Herstellungskosten in einer entsprechenden Erhöhung der Abonnements- und Inseratenpreise gesucht werden müsse. Die Lohnerhöhung wird auf 12 bis 15 Proz. berechnet, aber hinzugefügt, daß auch die übrigen Kosten fortgesetzt steigen. Dieser Hinweis hätte eine stärkere Betonung finden können, damit im Publikum nicht falsche Ansichten über die den Gehilfen zugestandenen Lohnaufbesserungen aufkommen. Erinnern wir uns doch, daß selbst in Arbeiterkreisen vor fünf Jahren räsonniert worden ist über die Buchdrucker, deren wegen ein größerer Obolus für die geistige Nahrung entrichtet werden müsse. Jetzt, wo die leiblichen Nahrungsmittel den Geldbeutel so stark in Anspruch nehmen, könnte die Mißstimmung noch größer werden, wenn die „Imponderabilien“, die in sämtlichen Branchen bei allen Preiserhöhungen nach Lohn- und Tarifbewegungen eine gewichtige Rolle spielen, zu sehr in den Hintergrund gerückt und die Lohnzulagen dem Kampfenlichte zu nahe gebracht werden. So nur können wir auch den Berechnungsmodus „12—15 v. H.“ verstehen.

Daß eine solche Erhöhung der Abonnements- und Inseratenpreise öffentlich vertreten wird, ist jedenfalls auch eine Widerlegung des Credes in unsern Reihen, als wenn die Prinzipale durch die (stark übertriebenen) Kompensationen auf dem maschinellen Gebiete die Lohnerhöhung nicht nur wörtlich, sondern darüber hinaus noch ein Geschäft gemacht hätten. Eine solche Täuschung ließe sich doch weder die Geschäftswelt noch das große Publikum und wir Gehilfen auch nicht gefallen. Daß die Zeitungsverleger einen solchen Preisausschlag fordern, kann übrigens den mit mehr als 3 Mk. über Minimum bezahlten Kollegen ganz recht sein, denn sie haben nun Gelegenheit, am ersten Zahltag des nächsten Jahres sich in den Fällen auf diese Bekanntmachung zu berufen, wo ihre Zulage nicht den gesetzten oder berechtigten Erwartungen entsprechen sollte.

Mit der geforderten Preiserhöhung läßt sich unsers Erachtens der Kampf um Sein oder Nichtsein ganz erträglich führen. Im Interesse der kleineren und mittleren Zeitungsverleger wäre es zu wünschen, wenn zwischen Verlangen und Hereinbringen der Preiserhöhung kein allzugroßer Unterschied entstehen möchte, denn gerade sie werden nicht ganz zum Ziele kommen. Dann werden sie besagen, vom „Zeitungsverlag“ etwas sehr pathetisch geschilderten Kampf auch bestehen und ihren Personalen — wir meinen speziell den Höherbezahlten und den Maschinenführern — in loyaler Weise entgegenkommen können. Daß auch den kleineren Zeitungsverlegern bei einiger Festigkeit die Schwierigkeiten einer Abonnements- oder Inseratenerhöhung zu überwinden nicht unmöglich ist, war aus der letzten Zeitungsverlegerversammlung des Kreises Sachsen zu entnehmen, auf der ein sogenannter Kleiner aus seiner Erfahrung heraus erklären konnte, eine allzugroße Anglistigkeit in dieser Hinsicht wäre überflüssig, man müsse nur die einmal gefaßten Absichten fest durchführen. In gedachter Versammlung konnte auch mitgeteilt werden, daß die Einführung fester Inseratenrabatttarife sich vorzüglich bewährt habe. Freilich wird sich nicht immer und nicht überall die Preiseraufhebung so glatt ermöglichen lassen, wie es jenem Zeitungsverleger in einem Städtchen unweit Leipzigs gelingen zu sein scheint.

Andererseits gehen größere Zeitungen, denen von irgendeiner Seite Schwierigkeiten bereitet werden, darüber zur Tagesordnung über. So die „Leipziger Neueste Nachrichten“, ein Blatt mit riesigem Inseratenteil. Vor fünf Jahren war es die Verringerung der Spaltenbreite, mit der man es sehr eilig hatte und die sich als ein sehr gutes Geschäft herausstellte. Diesmal ist man ebenso behende mit der Zeilenpreiserhöhung um 5 resp. 10 Pf. zur Stelle gewesen, hat sie nämlich schon am 15. November zur Einführung gebracht, allerdings unter hauptsächlichster Betonung der infolge der starken Auflagensteigerung für Papier, Farbe usw. beträchtlich gestiegenen Ausgaben. Der am 1. Januar in Kraft tretende neue Buchdruckertarif wurde erst an letzter Stelle zur Begründung angeführt. Ziemlich werden es nicht allzuviel Zeitungen in Deutschland sein, die die günstige Konjunktur einer Tarifrevision noch zu einer besonderen Ausbeute des in diesem Falle kolossalen Weihnachtsgeschäfts ausnutzen können. Aber ganz glatt kamen die „L. N. N.“ diesmal doch nicht durch. Der Verband deutscher Inserenten — was es doch für moderne Organisationsgebilde gibt! —, der sich auch den „Schutz gegen Übergriffe seitens der Zeitungsverleger“ zum Ziele gesetzt, hat dagegen in einer besonderen Versammlung remonstriert und will nach dem bekannten St. Floriansprinzip die Abonnenten mit dem Weihnachtsgeschenke der „L. N. N.“ beglücken wissen. Auch andre Vereinigungen wollen sich den mit dem neuen Jahre von diesem Verbands zu ergreifenden Gegenmaßnahmen anschließen. Ob sie bei einem solchen Blatt aber durchbringen werden, ist eine andre Frage.

In den Zeitungsverlegerkreisen regt es sich jetzt allenthalben, überall trifft man die jeweilig geeignet erscheinenden Maßnahmen, einen Ausgleich herbeizuführen. Mit der Abonnementserhöhung ist es in Vielefeld einzuweichen nichts geworden, weil ein Blatt aus Konkurrenzrücksichten nicht mitmachen will. Über den Konkurrenzkampf auf dem Zeitungsgebiete war in den letzten Nummern des Zeitungsverlegerorgans wie in der „Zeitschrift“ überhaupt wieder verschiedenes zu lesen, das nicht erbebend wirken konnte. Unternehmern der Welt ist doch manchmal im Argen zu liegen; von eifriger Geschlossenheit, wie sie auf den Hauptversammlungen in Gehilfenfragen zutage tritt, ist da nicht allzuviel zu merken. Es wird in ersterer Beziehung wohl noch zutreffen, was Dr. Max Jäncke in einem zu Beginn des Jahres 1908 erschienenen gedankenvollen Artikel über die „drückend empfundene geschäftliche Konkurrenzkämpfe“ und über das zu geringe Selbstgefühl Anforderungen gegenüber, „wie sie heute von allen Seiten an die Zeitungsverleger herantreten, und wie sie ein anderer Unternehmer oder Geschäftsmann ohne weiteres ablehnen würde“, schrieb.

Als weitere Ausgleichsobjekte erwähnte kürzlich der „Zeitungsverlag“ noch die Verringerung der Spaltenbreite der Anzeigen, in welcher Richtung noch viel zu machen wäre, eine bessere Bezahlung der amtlichen Bekanntmachungen, für die zum Teil noch keine Entschädigung geleistet wird, die Verwendung einer kleineren Schrift, eine gründliche Revision der Rabattätze, die Beschränkung in illustrierten, landwirtschaftlichen und Scherzbeilagen und — wenn wir richtig zwischen den Zeilen zu lesen verstanden — eine Reduzierung des Umfangs überhaupt. Gewiß soll auch bei einer Tageszeitung das Motto sein: Qualität, nicht Quantität. Jedoch soll dieser Grundsatz allgemein und immer gelten, nicht aber zum Zeitpunkte der Einführung eines neuen Tarifs als eine besondere Notwendigkeit betont werden. Wenn in den Kreisen der Zeitungs- und der Buchverleger so gern von einer Hemmung des technischen Fortschritts durch die Gehilfen gesprochen wird und dafür alle möglichen Gründe herbeizuholen, so darf allerdings nicht von einer dieser Stellen aus zu einer Produktionseinschränkung ermuntert werden. „Was du nicht willst, daß dir geschieht, das tu auch keinem andern nicht“, lautet ein alter Reim. Aber es wäre töricht, wollte man in diesem Punkte zu Beschränkungen neigen. Die Reichstagshaupt- und -stichwahlen und die unten in Bayern, wo Großblock und Zentrum sich zu einer großen Schlacht anschicken, werden solche

Anwandlungen oder Gedanken schon kräftig korrigieren, das übrige besorgt prompt die liebe Konkurrenz.

Mit dem Beginn eines Kampfes um Sein oder Nichtsein für viele Verleger mittlerer oder kleinerer Blätter wird es also ebenso kommen wie mit der greulichen Schwarzseherei in unsern Kreisen, wo man, auch als Folge des neuen Tarifs, die Arbeitslosen nicht mehr in Brigade, sondern schon in Divisionsstärke anrücken und die Krankenziffer ebenfalls stark anschwellen sieht, während unter dem 1911er Tarif die Verhältnisse sich in Wirklichkeit so gestalten werden, daß die unzufriedenen Zeitungsverleger wie der murrende, von überfühlendem kritischen Behagen angewandelte Teil der Gehilfen über ein kleines anders denkt als in diesen Tagen scharfer Oppositionslust und gefuchter Graumalerei. Freilich wird es nicht jedem Zeitungsverleger beschieden sein, dergleichen ein Vermögen in der Höhe etwa der Hamburgischen Staatseinnahmen zu hinterlassen, wie es der unlängst verstorbene Ludwig Pottliger von der „New York World“ konnte. Das ist aber auch gar nicht nötig. Denn mit Zeitungskönigen ist dem Gewerbe nicht sonderlich gebient. Es muß allgemein seinen Mann nähren, vom Herausgeber herab bis zum jüngsten Arbeiter; und das kann es und wird es auch in Zukunft — trotz des Kampfes um Sein oder Nichtsein und trotz aller Leistungsbeklemmungen!

Große Irreführung der öffentlichen Meinung.

Daß die Demagogie alles fertig bringt, konnten diejenigen, die es noch nicht glauben wollten oder konnten, weil sie sich in diesem Falle des schändlichen Beiwortes „christlich“ bebient, in den letzten Tagen und Wochen nun aber gründlich erfahren. Im Reichstage haben Anfang voriger Woche eine paar würdige Mitarbeiter an der Reichsfinanzreform aus Arbeiterreihen, die christlichen Gewerkschaftler Weder und Behrens, dem preussischen Eisenbahnminister im weitesten Maße schlingert bei seinen Verschönerungsversuchen, den elsch-lothringischen Eisenbahnverband an die Wand zu drücken, um im gleichen Mestzug ihre christlichen Schächeln liebepollt zu empfehlen, die freien Gewerkschaften aber als die schändlichsten Terroristen hinstellen. Und in Weyerlande hat die Zentrumspartei auch einen christlich-gewerkschaftlich etikettierten Abgeordneten ins Kreissen geschickt, um dem dortigen Verkehrsminister ein Bein zu stellen, weil er den Verband der süddeutschen Eisenbahner und Postbeamten nicht zugunsten der christlichen bayerischen Eisenbahnorganisation verwalten wollte. Darüber kam es sogar zur Auflösung des Landtags. Jeder Mensch von noch einigem rechtlichen Empfinden wird gesehen müssen, daß das, was hier in beiden Fällen die Partei für Wahrheit und Recht sich geleistet hat, den Bestrebungen und Beteuerungen, für alle Staatsbürger in ihren Beziehungen zu Staat, Unternehmer und Gesellschaft die Gleichberechtigung herbeizuführen, mit großer Faust ins Gesicht schlägt. Daß einige von Zentrumsgnaden zur Würde eines Abgeordneten gelangte christliche Gewerkschaftler die Hauptakteure dieser widerlichen Komödie waren, macht deren Unbild nur noch unerträglich.

Wir wollen zu diesen für die Toleranz der christlichen Gewerkschaften und ihrer vielvermögenden Hintermänner überaus bezeichnenden Vorgängen in Berlin und München uns nicht eingehender äußern; zum Teil ist das Notwendige bereits unter „Mundschau“ gesagt, und zum anderen richtet sich ein solch trauriges Gebaren von selbst.

Daß der Zentrumsalgeordnete Weder mit seiner ihm erst am 12. November von Vertretern des Gutenbergsbundes eingegebenen Denunziation gegen unsre Mitglieder in der Reichsdruckerei ganz jämmerlich angelegen worden ist, wurde schon in der vorigen Nummer festgestellt. Die christlichen Arbeiterabgeordneten werden nach dem, was in dieser Sache noch der Öffentlichkeit unterbreitet werden wird, es jedenfalls vorziehen, künftighin den unsauberen Machenschaften der Gutenbergsbundmatadore nicht so willig ihr Ohr zu leihen. Denn wenn jemand von der Tribüne des Reichstags aus solche schwerwiegende Behauptungen aufstellt, muß er von der Wahrheit derselben sich doch wohl erst genauer überzeugen als nur durch den Mund seiner mit allen Mitteln arbeitenden Gewerksamänner. Sonst hat er unter dem Schutze der Immunität die öffentliche Meinung auf das gründlichste irreführt und sein Prestige als Abgeordneter ist dahin.

Wir wollen hier noch mit einigen Strichen eine andere Art der Täuschung der öffentlichen Meinung kennzeichnen, und da in diesen drei weiteren Fällen die Leitung des Gutenbergsbundes die Triebfeder zu ganz hanebüchlenen Verordnungen ist, um die Öffentlichkeit für die „gerechte Sache“ dieser Vorkonzernation einzunehmen, so ist es uns eine Vergnügung, mit den Argumenten des Bundes selbst die ganze Verlogenheit der neuerdings gegen unsern Verband und die Tariforgane entfaltenen Aktion darzutun.

In seiner Nummer vom 17. November ist der „Typograph“ so freundlich, uns zu bekräftigen, daß der Guten-

bergsbund gar nicht daran gedacht hat, bei der diesmaligen Tarifrevision Gehilfeninteressen wahrzunehmen. Was er wollte und weshalb er seine Anträge für die Verhandlungen des Tarifausschusses dem Tarifsamte direkt übermittelte — das sie selbstverständlich zurückweisen mußte, weil der zur Antragstellung eingeschlagene Weg ganz inoffiziell war — hatte lediglich die Vertretung von Interessen des Gutenbergsbundes zum Zweck. Die vier Anträge lauten nach dem „Typ.“ wörtlich:

Zu § 83: Eine Änderung des Abschnitts 4 dahingehend, daß auch der Gutenbergsbund Vertreter mit beratender und beschließender Stimme in den Tarifausschuß zu entsenden berechtigt ist.

Zu § 86: Eine Änderung des letzten Abschnitts dieses Paragraphen dahingehend, daß der Gutenbergsbund berechtigt ist, mindestens einen Vertreter mit beratender und beschließender Stimme in das Tarifsamt zu entsenden.

Zu den §§ 89 Abschnitt 2, 90 Abschnitt 5, 91 Abschnitt 5: Eine Änderung dieser Abschnitte dahingehend, daß der Gutenbergsbund berechtigt ist, in jeder der in diesen Paragraphen bezeichneten Tarifinstitutionen einen Vertreter mit beratender und beschließender Stimme zu entsenden.

Zu § 94: Hinter „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“ ist einzufügen: „sowie in dem Typograph“.

Schärfer und größer kann wirklich nicht zum Ausdruck gebracht werden, daß der Gutenbergsbund gar kein materielles und ideelles Interesse an der Tarifgemeinschaft hat, daß ihm die Gestaltung der wirtschaftlichen Lage seiner Mitglieder und der ihrer Arbeitsverhältnisse nebensächlich, die Durchsetzung seiner büßelhaften Machtbestrebungen aber die Hauptsache ist. Diese Demaskierung seines wahren „gewerkschaftlichen“ Charakters hat denn wohl auch die an den verschiedensten Orten jetzt erfolgenden Austritte aus dem Bunde zur Folge. Ein Erfolg, mit dem der Verband nicht der dadurch gewonnenen neuen Mitglieder wegen zufrieden sein kann, sondern aus dem Grunde, daß die Erkenntnis über die falschen Ziele des Bundes in seinem Mitgliederkreise sich trotz der jetzt nach W. Gladbacher Recepte geradezu virtuos betriebenen Demagogie dennoch durchdringt.

Betrachten wir uns kurz, was die Anträge des Gutenbergsbundes eigentlich bedeuten. In dem Tarifausschuß will er, da ihm selbst bei Anwendung des gerechtesten aller Wahlsystems — des Proporz — nicht ein einziger Gehilfenvertreterposten zufallen würde, weil er im Rahmen der zu 90 Proz. tariftreuen Allgemeinheit der Gehilfenerschaft mit seinen 4 Proz. förmlich Lust ist, von Organisationswegen seine Vertreter haben. Nicht etwa einen, der neben den drei des Verbandes und des Deutschen Buchdruckervereins jedenfalls noch eine reichlich bemessene Vertretung darstellen würde. In das Tarifsamt entsenden Buchdruckerverein und Verband je zwei Vertreter — der Gutenbergsbund verlangt mindestens einen! Eine Verschleidenheit, über die weiter keine Worte zu verlieren sind. Aber es kommt noch besser. Die genannten beiden Organisationen entsenden in die Kreisämter, in die Ehrengerichte und in die Schiedsgerichte je ein Mitglied — der Gutenbergsbund verlangt für sich genau das gleiche! Die Gleichberechtigung, wie sie sich in den Köpfen des Gutenbergsbundes und der ihn kommandierenden christlichen Gewerkschaftsführer ausmalt, würde also bedingen, daß den 4 Proz. Gutenbergsbündlern noch mehr Rechte eingeräumt werden müßten als dem Verbands mit seinem Organisationsverhältnis von 93 Proz. Denn einer so verschwindenden Minorität solche Rechte zugeföhren, heißt die Rechte der erdrückenden Mehrheit schmälern. Dazu kommt, daß der Gutenbergsbund in einer Anzahl der Kreisämter und Ehrengerichte und bei den Schiedsgerichten sogar in der übergroßen Mehrheit gar nicht vertreten sein könnte, weil er an den betreffenden Orten überhaupt keine Mitglieder hat! Wie schon in dem ersten Artikel „Aus Gründen der Gerechtigkeit“ (Nr. 124) gesagt, charakterisiert sich das Verlangen des Gutenbergsbundes unter dem gegebenen Umständen direkt als Unverschämtheit.

Von keiner andern christlichen Gewerkschaft sind bei einer solchen Lage der Dinge jemals derartige Ansprüche erhoben worden, das blieb der Verschleidenheit des Gutenbergsbundes vorbehalten. Das Vertretungsrecht des Gutenbergsbundes im Tarifausschuße, wie es besteht, sowie die gebundene Möglichkeit der Anbahnung einer Vertretung von ihm im Tarifsamte, sind tatsächlich das äußerste, was bei einem Verhältnis von 93:4 nach Recht und Billigkeit zuerkannt werden konnte. Jedes Mehr würde ihm nicht etwa die Gleichberechtigung, sondern ein Monopol gegenüber dem Verband und der Prinzipalsorganisation einräumen. Wer also für die von dem Gutenbergsbunde geforderte Gleichberechtigung eintritt, verteidigt etwas, wozu jede rechtliche und moralische Begründung vollständig fehlt.

Es gibt aber Leute, die doch dazu die Ellen haben und sogar die Tribüne des Reichstags wird dazu mißbraucht. Der Abgeordnete Behrens, einer der Generallisten der christlichen Gewerkschaften, stellte in der Reichstagsitzung vom 13. November die Behauptung auf — wie folgen dem antländen Stenogramm — „der große Buchdruckerverband, der in sozialdemokratischem Fahrwasser schwimmt“, habe es fertig gebracht, „die christlich-nationale organisierten Buchdrucker aus allen Tarifinstanzen, aus allen Rechtsinstitutionen der Monopolbuchdruckerarbeitsgemeinschaft auszuschließen“. Behrens, der in Auslegungskünsten keine geringe Übung besitzt, dürfte in diesem Falle doch in einige Verlegenheit geraten, wenn

man ihm die Frage vorlegt, wie eine Korporation aus Institutionen ausgeschlossen werden kann, in denen sie gar keine Vertretung besitzt! Daß er als besondere Beschwerde dann noch vorbrachte: „So weit geht dieser Tarifterrorismus, daß nicht einmal der Redakteur des christlich-nationalen Gutenbergsbundes als Zuhörer beim Schiedsgerichte zugelassen wird“, zeigt Behrens mit den tatsächlichen Verhältnissen in der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker so unklug, daß ein solcher Mann sich doch genieren müßte, mit derartigen Ausprüchen sich regelrecht zu blamieren. Wenn wieder einmal im Reichstage die bündlerischen Aktien zur Sprache kommen, würde die Frage an die christlichen Arbeitervertreter am Platze, was sie zu einem Monopolvertrage sagen, der von einer christlichen Gewerkschaft als alleiniger Kontrahent abgeschlossen wurde, in welchem für die nicht und die andersorganisierten Arbeiter niedrigere Röhne als für die christlichen festgesetzt waren, weil die betreffende christliche Gewerkschaft eben das Heft in Händen hatte. Schließlich rief sich Behrens, um die öffentliche Meinung vollends irre zu führen, noch an dem Geheimrat Büngen. Das hätte er sichtlich unterlassen können, denn niemand hat sich mit getaner Äußerungen schon so als unsicherer Rantonist erwiesen als gerade Behrens.

Ein ganz Teil schlimmer trieb es Stegerwald in einer Versammlung der christlichen Gewerkschaften am 5. November in Essen. Was dieser Mann gegen die Verbands- und die Tarifunktionäre, gegen den Kollegen Schließ im besondern wie auch gegen die Prinzipalsvertreter ins Feld führte, auf diese bis zu veritablen Verteilungen sich auswachsenden Behauptungen des Oberkommandierenden des Bundes geben wir nicht ein, denn das erreicht nicht einmal die Fußspitze der von Stegerwald gemeinten Personen. Wenn ein Gewerkschaftsführer aber so weit geht, die in geheimer Abstimmung erfolgte Entscheidung der Prinzipalsvertreter in Sachen des Gutenbergsbundes so deutlich preiszugeben, daß jeder weiß, wer gegen die „Gleichberechtigung“ des Bundes von den Arbeitgebern in den Tarifausschüsse gestimmt hat, so ist das einfach ein Standal, als dessen Mitschuldiger nur der patente Gehilfenanwalt Ehrnert auf der Anklagebank sitzt. Es ist jedoch höchst bezeichnend, daß das christliche „Zentralblatt“ in einem sonst recht ausführlichen Bericht über jene Versammlung diese Ausführungen von Stegerwald nicht enthält, während sie ein Zentrumsbüro in den Hauptpunkten sogar in Fettdruck brachte. Stegerwald besaß noch die Dreistigkeit, die „große Sache“ des Gutenbergsbundes als öffentliche Angelegenheiten zu deklarieren und die Zentrumspresse gegen diesen „unhaltbaren Zustand“ scharf zu machen. Wir haben ja schon bei Bitterung der Preßstimmen über den Tarifabschluß diese Umarmung der aus der W. Gladbacher Waschzettelkette gespierten Wälder mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen und dabei zum Ausdruck gebracht, daß damit dem Gutenbergsbunde der letzte Schliff von seiner behaupteten Unabhängigkeit und Neutralität geraubt wird. Nun ist aber auch dem Prinzipalsorgane dieses Amoklaufes der christlichen Gewerkschaften zu bunt geworden, denn es schreibt in seiner neuesten Nummer:

Eine unbedingte Einmischung in die Angelegenheiten der Buchdruckerarbeitsgemeinschaft. Nach einem gleichlautenden Berichte verschiedener Zeitungen hielt der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Stegerwald, in einer Versammlung der Essener christlichen Gewerkschaften einen Vortrag über die Buchdruckerarbeitsgemeinschaft. Es wurde eine lange Resolution angenommen, in der am Schlusse die Erwartung ausgesprochen wird, daß nach entsprechender Aufklärung die öffentliche Meinung sich stark genug erweist, die Besetzung bestimmter, von Stegerwald behaupteter unhaltbarer Zustände in der Buchdruckerarbeitsgemeinschaft zu erwirken. Demgegenüber haben wir nach Kenntnisnahme des ganzen Inhalts der Resolution zu bemerken, daß die Buchdrucker ihre Angelegenheiten selbst ordnen werden, und sich von den angrenzenden Kreisen, nämlich den christlich-sozialen Gewerkschaften und ihren Förderern, nicht beeinflussen lassen können. Die diesbezügliche in der Resolution laut gewordenen Wünsche, nämlich die Heranziehung des Gutenbergsbundes zu allen Tarifinstitutionen, können durch das Eingreifen dieser Kreise keine Förderung erfahren; eher wird das Gegenteil der Fall sein. Wenn schließlich in der Resolution auch gesagt wird, daß bei der letzten Tarifrenewierung im Buchdruckerwerke dem Verlangen des „sozialdemokratischen“ Buchdruckerverbandes, die christlich-nationale Buchdruckerorganisation (Gutenbergsbund) wieder aus den Tarifinstitutionen auszuscheiden, seitens der Prinzipale kein größerer Widerstand entgegenzusetzen worden sei, so ist dem gegenüber darauf hinzuweisen, daß die Gehilfen einen derartigen Antrag nicht gestellt haben und nicht stellen konnten, weil der Gutenbergsbund in den tariflichen Institutionen nicht vertreten ist. Ein weiteres Eingehen auf die Essener Resolution erübrigt sich, indem wir nochmals betonen, daß wir diese außerhalb unsres Gewerbes stehenden Kreise nicht für kompetent halten, sich in die Angelegenheiten der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker wie geschehen einzumischen.

Das ist eine sehr deutliche Absicht, der wir nichts hinzuzufügen hätten außer der Bemerkung, daß es richtig so gekommen ist, wie wir über das volkspolitische, nicht von langer Erwigung, sondern von blindem Fanatismus zugehende Vorgehen des Gutenbergsbundes bereits gesagt haben: mit solchen Machenschaften kann er sich nur schädigen.

Als dritter im Bund ist der Gutenbergsbund vor-
sitzende selbst in die Arena gestiegen. In der „Sozialen
Praxis“ vom 16. November unternimmt Thranert den
Versuch, für die „gute Sache“ eine Lanze zu brechen.
Den äußeren Anlaß dazu gab ihm ein dieser angehehen
sozialpolitischen Zeitschrift bei ihrem Bericht und ihrem
Urteil über den Tarifabschluß unterlaufener ganz nebensäch-
licher Forderung. Man kann nach alledem, wie man
Thranert kennen gelernt hat, von ihm nicht erwarten,
daß er objektiv seine Sache vertritt und bei Erwähnung
bestimmter Vorgänge der Wahrheit die Ehre gibt. Die
„Soziale Praxis“ hat durch ein paar Fußnoten dem
Thranertschen Geschreibsel denn auch einige ihm jebe-
falls recht unangenehme Lichter aufgesteckt. Wenn Thranert
u. a. schreibt (NB. Sperrungen wie im Original):

Die Mitglieder des Gutenbergsbundes sind aber
auch verpflichtet, Klagen auf Anerkennung der Wahr-
regung auch dann dem Gehilfenvertreter (der zugleich
Gauvorsteher des Verbandes ist) zur Unterschrift einzu-
zureichen, wenn sie wegen ihrer Organisations-
zugehörigkeit auf Verreiben von Verbands-
mitgliedern entlassen werden. Ohne diese Unter-
schrift wird die Klage nicht angenommen, und schon
mehrfach wurde diese Unterschrift verweigert,
weil der Gauvorsteher beständlich mußte, daß die Klagen
den Terrorismus der Verbandsmitglieder gegen Mit-
glieder des Gutenbergsbundes erwiesen hätte,

so setzt das seinen bisherigen Leistungen die Krone auf.
Wie wir schon in Nr. 125 schreiben, brachte Thranert den
Kapitalisten, jedenfalls überhaupt einzigen Fall dieser Art
zur Sprache bei den Tarifverhandlungen. Zum Glück
war der „Schwererbrecher“ von Gehilfenvertreter zur
Stelle, und das ergab sich, als es Aug um Auge ging,
daß die Gesichte glatter Schwindel war, und Thranert
erlitt eine fürchterliche moralische Niederlage.
Nun kommt dieser unverschämte Geselle und schiebt mit
Unterschrift seines Namens diese Lügenmärchen nach,
nachdem ihm auch im „Korr.“ dieser Bombenerfolg schon
liebevoll attestiert war. Daß er, obwohl er es besser
weiß, alle Gehilfenvertreter Beamte des „gegnerischen
Verbandes“ und sämtliche Gehilfenvertreter Gauvorsteher
unser Organisation sein läßt, tut seiner Wahrheitsliebe
keinen Abbruch. Und daß er erklärt, der Gutenbergsbund
wolle keine Bevorrückung, sondern nur das beste Recht,
beweist nur, daß sein rechtliches Empfinden einen erheb-
lichen Defekt hat. Seinen dummdreisten Sermon schließt
Thranert mit der schmetternden Fanfare: „Der Gutenbergs-
bund wird deshalb nach wie vor die Forderung auf
Einbeziehung von stimmberechtigten Vertretern in die
Tarifinstanzen erheben und mit allem Nachdruck vertreten.“
Selbstverständlich zittert nun der Verband, und die ganze
Tarifgemeinschaft wird von einem Erdbeben erschüttert.
Der heilige Krieg wird gepöbelnd und die gelbe Fahne
des Bundes flattert lustig im Winde . . .

Was glauben die Weder, Behrens, Stegerwald und
Thranert denn alles der öffentlichen Meinung bieten zu
können! Eine solche grobe Fressführung ist ja beispiellos.
So wenig es uns in dem Sinne liegt, uns um den
Wechselbalg Gutenbergsbund groß zu kümmern, so muß
doch gegen ein solches Operieren mit Lug und Trug
Protest auch von unserer Seite eingelegt werden. Für
eine gute Sache kämpft man nicht mit solchen Mitteln!
Das sollen alle die bedenken, die der Gutenbergsbund und
seine Einheber zum Vorspanne gebrauchen möchten. Und
was für den Bund dabei herauspringt, hat die „Zeit-
schrift“ ja überdeutlich zu erkennen gegeben.

Korrespondenzen.

Altenburg. In der am 9. November stattgehabten
Versammlung erstattete zunächst Kollege Ehrlich den
Rassenbericht über das dritte Vierteljahr 1911, der in
Begriff auf unsere Orts- und Bezirksstufe ein günstiges
Vorwärtsstreiten erkennen ließ. Nach einstimmig er-
folgter Aufnahme eines Neuausgewählten beleuchtete Vor-
sitzender Sturm in kurzen Umrissen die jetzige Situa-
tion, wie sie aus den verschiedenen Tagungen der Ge-
hilfen wie auch der Prinzipale bekannt geworden ist. Sei
auch die Aufnahme des neugeschaffenen Tarifs zu einem
nicht unbeträchtlichen Teil eine wenig günstige, so könne
man doch annehmen und hoffen, daß die Einführung
desselben ohne große Opfer vor sich gehen werde. Nach
Erledigung verschiedener wichtiger örtlicher Angelegen-
heiten beschäftigte sich die Versammlung mit einer in
einem Besprechungsbericht der Altenburger Mitglied-
schaft des Gutenbergsbundes im „Typograph“ ent-
haltenen höhnischen Bemerkung über unsere Vorstehen-
den, in welcher diesem herausforderndes Benehmen gegen ein
hiesiges Gutenbergsbundmitglied zum Vorwurfe gemacht
wird. Die Versammlung erkannte einstimmig an, daß das
betreffende Mitglied des Gutenbergsbundes in provo-
zierender Weise gegenüber Verbandsmitgliedern auf-
getreten war und daß deshalb die Zurückweisung des
Betreffenden seitens unfres Vorstehenden vollständig zu
Recht erfolgt sei. In der Veröffentlichung dieses an sich
unbedeutenden Vorkommnisses im „Typ.“ erklärte die
Versammlung nur die Absicht, unsern Vorstehenden sowohl
in seinem Ansehen als auch in seinem Arbeitsverhältnis
zu schädigen.

F. Gera. In der letzten Monatsversammlung
am 11. November wurde das Andenken des verstorbenen
Kollegen Otto Wenzel in üblicher Weise geehrt. Ein
Aufnahmegesuch wurde einstimmig abgelehnt. Nach Ent-
gegennahme des Kassensberichts vom dritten Quartal
wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Für die am
Orte seit 20 Wochen im Auslande befindlichen Stein-

brücker und Lithographen wurden 100 M. und für die
ausgeperrten Tabakarbeiter 50 M. aus der Ortskasse
bewilligt. In der vorletzten Versammlung wurde der
seit vielen Jahren bestehenden leistungsfähigen Gesangs-
abteilung des Ortsvereins durch Beschluß die finanzielle
Unterstützung entzogen; die Gesangsabteilung löste sich
deshalb auf. (Im Interesse des kollegialen Lebens in
Gera sicher ein bedauerliches Faktum. Red.) Von 170 am
Orte befindlichen Mitgliedern waren leider nur 65 in der
letzten Versammlung anwesend, was in den gegenwärtigen
Zeiten jedenfalls von keinem großen Interesse zeugt.

T. Krefeld. Am 11. November fand die ordent-
liche Monatsversammlung statt, die von 77 Kol-
legen besucht war. Zuerst wurden zwei Kollegen neu
aufgenommen. Den Tabakarbeitern wurden 100 M.
aus der Ortskasse bewilligt. Sodann machte Kollege
Ertelenz einige tarifliche Ausführungen, streifte dabei
auch den Gutenbergsbund und die christlichen Gewerks-
schaften, die es als Nebensache betrachteten, daß mit dem
neuen Tarife materielle Verbesserungen erfolgt seien,
sondern als Hauptfrage, daß der Bund seinen Sitz und
Stimme in den Tarifinstitutionen erhielt. Nach einer
längeren, gesunden Besprechung dieser Ausführungen
wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:
„Die heute im Vereinslokale zahlreich anwesenden Mit-
glieder des Ortsvereins Krefeld (V. d. V. S.) protestieren
ganz entschieden gegen die Behauptung des christlichen
Gewerkschaftsführers Stegerwald, daß in der Tarif-
gemeinschaft der deutschen Buchdrucker sich Verschälfnisse
herausgebildet hätten, die nicht mehr als berufliche,
sondern als öffentliche Angelegenheiten anzusehen sind.
Sie verbiten sich energisch jede Vermischung von außen
und besonders von christlicher Seite in ihre tariflichen
Angelegenheiten. Des ferneren weisen sie die ungeheure
Behauptung zurück, der Verband der Deutschen Buch-
drucker sei mit Hilfe unfres Arbeitgeber gleichsam groß-
gepöppelt worden. Das gerade Gegenteil ist der Fall,
indem der Gutenbergsbund heute und zu allen Zeiten um
die Günst der Prinzipale buhlt und sich unter die
Schutzherrschaft der christlichen Gewerkschaften begab. Die
Krefelder Verbandsmitglieder erachten es nach wie vor
als ihre vornehmste Pflicht, der Organisation treu zu
bleiben, die lediglich gewerkschaftliche und berufliche
Zwecke verfolgt, und welche sich die Organisation der Un-
ternehmer zum Vorbilde genommen hat, wo alle Parteien
und Religionen ohne Unterschied an einem Strange
ziehen, die also wirklich neutral ist. Auch erklären sie
es als ein Märchen, daß in Österreich seitens einiger
verbändlerischer Seher der Satz gewisser Artikel ver-
weigert worden sei und protestieren aufs lebhafteste gegen
die Behauptungen der christlichen Gewerkschaften gegen
den Deutschen Buchdruckerverband; auch bedauern sie die
Aufnahme solcher verhassten Artikel in der hiesigen
Zentrumspreffe. Sie überlassen es den christlichen Ge-
werkschaften, insbesondere dem Gutenbergsbund, in ihren
Gewerkschaftsversammlungen politische und religiöse Er-
örterungen zu pflegen. Zum Schluß aber verurteilen
die Krefelder Buchdrucker auf das entschiedenste die scham-
lose Verarbeit einzelner Bündler, um hier unfre christ-
lich gesinnten Mitglieder für sich zu gewinnen und ver-
biten sich diese vergebliche Arbeit aufs neue. In unsern
Versammlungen streng gewerkschaftliche und berufliche
Arbeit, nach außen hin sei jeder sein eigener Herr!“ Aus
dem Kassensbericht, den nunmehr Kollege Jahren er-
stattete, war zu entnehmen, daß zur allgemeinen Zufrieden-
heit „nur“ noch neun Mitglieder als Restanten auf-
geführt wurden; aber auch diese werden am 1. Januar
nächstes Jahres aller Wahrscheinlichkeit nach „in der Reihe“
sein. Der Arbeitsnachweisverwalter Stepper machte
darauf aufmerksam, daß jeder arbeitslose Kollege die
regelmäßigen vorgeschriebenen An- und Abmeldungen zu
behalten habe. Unter „Tarifliches“ wurde das Verhalten
von zwei hiesigen Firmen stark unter die Lupe genommen
und allgemein verurteilt, welche sich den nunmehr bald
abgelaufenen alten Bestimmungen des Tarifs noch nicht
zu recht fügen können. (Wo wird da der neue bleiben?
D. Schr.) Mittlerweile war die Zeit so weit vor-
geschritten, daß der sehr wichtige Rassenbericht und die
Berichterstattung über das Referat Fischer (Düsseldorf):
„Die neue Reichsversicherungsordnung“, gekürzt werden
mußte und nur über örtliche Sachen berichtet werden
konnte. Die Weihnachtsgeschenke der Witwen- und
Waisenfälle wird in gewohnter Weise am 26. Dezember
im Vereinslokale stattfinden.

Leipzig. In der am 3. November stattgehabten
Gaumitgliederversammlung gab Kollege Engel-
brecht unter „Vereinsmitteilungen“ bekannt, daß der
Sparte der Stempelschneider zur Unterstützung ihrer or-
ganisatorischen Bestrebungen 100 M. als Extrazustim-
mung von Gauvorstande bewilligt wurden. Wiederum
war der Gauvorstand in der Lage, feststellen zu müssen,
daß tariftreue Firmen es nicht verschmähen, für Druck-
ereien Anstrengungen zu verrichten, welche weder tarif-
liche Arbeitszeit noch tarifliche Entlohnung gewähren. Dies-
mal war es die Firma Günther & Müller, welche für die be-
kannte tariftreue Firma Richard Schmidt (vormals
Schmidt & Baumann) Arbeiten übernommen hatte. Die
Gehilfen von Günther & Müller lehnten es jedoch ab,
ihre Arbeitskraft einer tarifuntreuen Firma zur Ver-
fügung zu stellen. Darüber war Herr Günther sehr un-
gehalten und suchte mit Hilfe des Prinzipalvertreters
„seine“ Arbeiter zu belehren, daß sie kein Recht haben,
derartige Arbeiten nicht auszuführen. Zum Bedauern
des Herrn Günther waren aber die tariftreuen Gehilfen
nicht zu belehren, es unterließ die Ausführung des
Auftrags. Die Leipziger Gehilfenerschaft erwartet nun
allerdings, daß die hiesige Prinzipalsleitung endlich einmal

ernstlich in ihren Kreisen dafür sorgt, daß den wenigen
hiesigen tarifuntreuen Firmen die Existenz nicht mit
Hilfe der tariftreuen Firmen ermöglicht wird. Tatsächlich
ist die Gehilfenerschaft in der Lage, beweisen zu können,
daß es alljährlich dutzendmale vorkommt, wo sehr an-
gesehene hiesige Firmen für tarifuntreue Druckereien zu
produzieren versuchen, wenn sich die Gehilfenerschaft dazu
hergeben würde. Die chronische Überstundenplage ver-
ursachte den Gauvorstand, sich mit der Produktionsweise
mehrerer hiesiger Großbetriebe eingehend zu beschäftigen;
wurden doch teils von den Gesamtpersonalen, teils von
einzelnen Überstunden verlangt und — geleistet, die über
das Maß des Zulässigen bedeutend hinausgingen. Durch
Vorstellungswesen von Vertretungen der in Frage
kommenden Personale und des Gauvorstandes wurde dem
Istbestand abgeholfen durch Einführung von Schichtwechsel
und Einstellung von „Fliegenden“, so daß eine beträch-
tliche Anzahl Arbeitsloser wenigstens während der Hoch-
konjunktur Arbeitsgelegenheit fand. Zur Tarifneueinführung
bemerkte der Vorsitzende, daß Mitte Dezember, zu welcher
Zeit voraussichtlich der Tarif vorliege, eine Mitglieder-
versammlung weitere Instruktionen erteile, auch solle
damit ein instruktives Flugblatt den Mitgliedern aus-
gehändigt werden. Ein Aufnahmegesuch, welches trotz
Verantwortung der in Betracht kommenden Offizins-
kollegen vom Gauvorstand abgelehnt wurde, fand auch
bei den Versammelten trotz warmer Fürsprache eines
Kollegen eine glatte Ablehnung. Ein Antrag, den
Ausschluß zweier Mitglieder wegen unkollegialen Ver-
haltens betreffend, wurde nach einstimmigem Beschluß
der Mitglieder auf die Tagesordnung der nächsten Gau-
mitgliederversammlung gesetzt. Aber die Tätigkeit der
Frankenkontrollen erstattete Kollege Dümme Bericht.

Meß. Aus unfrem Bezirkskasse wurden für die aus-
geperrten Tabakarbeiter und -arbeiterinnen 25 M. be-
willigt.

Zauberhofsheim. Nach längerer Pause sei auch
unseres Orts der Raum des „Korr.“ wieder einmal in An-
spruch genommen. Am 12. November fand hier eine
Versammlung statt, die vom sämtlichen Mitgliedern
sowie einem Nichtmitgliede besucht war. Nach der Stel-
lungnahme zum Tarifergebnis, über die an anderer Stelle
berichtet wird, bildete der vom Kollegen W. U. Schmitt
(Heidelberg) gehalten sachdienliche Vortrag, verbunden
mit einer reichhaltigen Druckausstellung, die den
Kollegen manche lehrreiche Anregung bot, eine dankbar
begrißte Abwechslung. — Auch ein anderer Besuch sei kurz
erwähnt: Am 22. Oktober hatte der Ortsverein Würz-
burg des Gutenbergsbundes unser Frankensteinstädtchen als
Ort seiner Herbstquartalsversammlung ausgerufen. Man
hatte es sich diesmal etwas kosten lassen und kam mit
einen 20 Mann angetrieben, offenbar in der sicheren Er-
wartung, die gesamte hiesige Mitgliedschaft sowie die
Nichtmitglieder für den edlen Bund begeistern und auch
hier einen „feinen“ Ortsverein gründen zu können. Doch
der Liebe Mühe“ war umsonst! Mit langen Gesichtern
und der leeren Aufnahmehemden zog die Gesellschaft
abends wieder den heimischen Penaten zu. Schade um
das verpulverte Fahrgebl!

Rundschau.

Konrad Eichlers „Anhang zum Tarife“ wird
mit Ende des laufenden Tarifs ebenfalls eingehen, d. h.
eine Neubearbeitung und Herausgabe wird nicht mehr
erfolgen. Der zukünftige neue Tarif macht ihn zum
größten Teil überflüssig, da sowohl in § 4 der Wochen-,
Tages- und Stundenlohn für alle Alters- und Lokal-
zuschlagsstufen unter Berücksichtigung der verschiedenen
Ausnahmebestimmungen sehr übersichtlich dargestellt wird
wie auch in den §§ 6 und 7 die Entschädigungsfähige
für Überstunden und Sonn- und Feiertagsarbeit eine
genaue Ausrechnung erfahren. Das gleiche gilt auch
für die Maschinenfehröhne, die in den §§ 51 und 53
eine ziemlich erschöpfende Darstellung finden. Soweit
es sich dann noch um die Berechnung der übertariflichen
Tages- und Stundenlöhne handelt, wird dies in Zukunft
durch den Divisor 6 für Tages- und den Divisor 53 für
Stundenlohn gegenüber dem Wochenlohn sehr leicht für
jeden einzelnen festzustellen sein. Im übrigen behalten
wir uns vor, wenn der Wortlaut des neuen Tarifs end-
gültig vorliegt und es sich dann als praktisch und not-
wendig erweisen sollte, im „Korr.“ selbst eine er-
gänzende Zusammenstellung zu veröffentlichen. Zum
Schlusse wollen wir noch darauf hinweisen, daß nach
Zurücktreten des neuen Tarifs der bisherige „Anhang
zum Tarif“ aus infolge des veränderten Divisors für
Stundenlohn nicht mehr als Unterlage dienen kann.

Die Ausbreitung des Tarifgedankens im
deutschen polygraphischen Gewerbe ist bekanntlich
derart, daß keine andre Industrie auch nur annähernd
auf gleicher Stufe zu schätzen ist. Ein überflüssig nach
Abschluß unfres eignen Tarifs kann diese Behauptung
bestens unterstützen. Es bestehen danach zurzeit noch
folgende Tarife: Der Tarif für Deutschlands Chemi-
graphen und Kupferdrucker, gültig bis 31. Dezember
1913; der Tarif für das deutsche Buchdruckgewerbe, gültig
bis 31. Dezember 1915; der Lohnstarif für Buchbinder-
arbeiter der Städte Berlin, Leipzig und Stuttgart, gültig
bis 30. Juni 1916 und gleichzeitig den Charakter als
Normstarif für alle übrigen Städte tragend; der Lohn-
starif für die in Mustalendruckereien Leipzigs beschäftigten
Lithographen, Titel-, Noten- und Überdrucker, gültig bis
31. Dezember 1912; der Tarif für die Schriftgießereien
(Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

49. Jahrg.

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Leipzig, den 21. November 1911.

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweiligen nächsten Nummer.

Nr. 134.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Leipzigs und Umgebung, gültig bis 1. März 1912, dazu kommen noch Schriftgießertarife für die Städte Berlin, Frankfurt a. M., Hamburg und Stuttgart. Vor der Revision steht der Hilfsarbeitertarif für Buchdruckereien, der am 31. Dezember d. J. abläuft.

Die Meistprüfung bestand vor der Handwerkskammer in Düsseldorf ein Egerkollege aus Schwelm mit dem Prädikat „Ausgezeichnet“. Das überaus günstige Resultat verdankt der Betreffende zum großen Teil einem einhalbjährigen Besuche der städtischen Handwerker- und Kunstgewerbeschule in Warmen.

Böse Folgen einer Tariffchiedsgerichts Klage. Von antizipierter Stelle wurde uns inwieweit mitgeteilt, daß sich die in den Notizen unter vorstehender Stichmarke in den beiden letzten Nummern des „Korr.“ erwähnte Entscheidung auf die Firma H. Hirsch in Leipzig, Bayrische Straße 47, bezieht. Ferner wurde nach der gleichen Mitteilung der Sohn des Inhabers der genannten Druckerei, Raimund Hirsch, vor kurzem wegen unlauterer Klame von Leipziger Landgerichte zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Über den letzteren Fall haben wir schon in Nr. 128 ohne nähere Bezeichnung der Firma berichtet.

Einen Ausgleich für die tarifliche Mehrbelastung durch Erhöhung der Abonnements- und der Inseratenpreise erstrebt der Verein Deutscher Zeitungsverleger nach folgender Bekanntmachung, die in Nr. 46 des „Zeitungsverlag“, dem offiziellen Organe des genannten Vereins, an erster Stelle veröffentlicht wurde: „In den deutschen Buch- und Zeitungsdruckereien tritt mit dem 1. Januar 1912 ein zwischen den Prinzipalen und den Gehilfen des Buchdruckgewerbes vereinbarter neuer Lohnvertrag in Kraft, der eine direkte und indirekte Erhöhung der Gehilfenlöhne um 12—15 v. H. vorsieht. Die durch diese Lohnerhöhung eintretende Verteuerung der Produktionskosten belastet namentlich auch die Zeitungen- und Zeitschriftenverleger; sie trifft überdies mit der fortgesetzten Steigerung aller übrigen Kosten zusammen, welche für die Herstellung der Zeitungen und Zeitschriften in Betracht kommen. Für die Verleger ergibt sich hieraus die unbedingte Notwendigkeit, hierfür einen Ausgleich zu schaffen; die große Mehrzahl derselben ist sonach leider gezwungen, mit dem 1. Januar 1912 eine entsprechende Erhöhung der Abonnements- und Inseratenpreise einzutreten zu lassen. Zudem wir den geehrten Abonnenten und Inserenten der deutschen Zeitungen und Zeitschriften hiervon Kenntnis geben, richten wir an sie die Bitte, in den eintretenden Erhöhungen, die jeder Verleger in den Grenzen des unumgänglichen Notwendigen halten wird, einen nicht zu vermeidenden Preisaufschlag erbitten zu wollen und die für den einzelnen wohl nicht so sehr ins Gewicht fallende Mehrbelastung mit tragen zu helfen. Hannover, den 15. November 1911. Verein Deutscher Zeitungsverleger. Der Vorstand: Dr. Max Jäncke, Vorsitzender, Dr. Vortsch, Generalsekretär.“

Durch Feuer beträchtlich geschädigt wurde in Wittweida die Buchdruckerei von Poselt & Goldammer. Sämtliche Maschinen wurden unbrauchbar.

Reichsgericht und Kinderarbeit in Zeitungsbetrieben. Wie nicht anders zu erwarten war, hat die Staatsanwaltschaft gegen das freisprechende Urteil des Hamburger Landgerichts, wonach es einem Zeitungsverleger nicht als Vergehen gegen die Gewerbeordnung angerechnet werden soll, wenn er schulpflichtige Kinder zum Ineinanderlegen einzelner Blätter in seiner Expedition verwendet, Berufung eingelegt. Die Berufung stützte sich auf die Auffassung, daß der Begriff gewerblicher Betrieb und geschäftlicher Betrieb eine willkürliche Auslegung erfahren habe. Das Landgericht stellte sich auf den Standpunkt, daß die in Frage kommenden Kinder keine gewerblichen, sondern eine kaufmännische Tätigkeit ausgeübt hätten. Nun kam die Sache vor das Reichsgericht und fand vom Reichsanwalte folgende Beleuchtung: Zu dem gewerblichen Betriebe gehört das Drucken der Zeitung und das Fertigmachen zum Versand; zum kaufmännischen Betriebe gehört der Verlag. Die Arbeit der Kinder diene zum Fertigmachen der Zeitung zum Versand, und darum sei es unbestreitbar, daß deren Arbeit zum gewerblichen Betriebe zu zählen sei. Dagegen machte der Verteidiger des angeklagten Zeitungsverlegers geltend, der gesamte Zeitungsbetrieb teile sich in den gewerblichen und in den kaufmännischen. Eine Unterabteilung des letzteren sei die Expedition, und nur in dieser seien die Kinder beschäftigt gewesen. Das Reichsgericht erkannte jedoch auf Aufhebung des Urteils und nochmalige Zurückweisung der Sache. Es wird demnach in dieser Sache noch eine Gerichtsverhandlung stattfinden, die wahrscheinlich zu einer Verurteilung führen wird. Nach unserer Auffassung mit Recht. Denn die von dem Verteidiger des Zeitungsverlegers vorgebrachten Einwände sind nicht stichhaltig. Sie enthalten eine ungedeutete Unterabteilung der Arbeit in gewerblichen und kaufmännischen Betrieben sowie eine einseitige gesetzliche Begünstigung der letzteren gegenüber

den ersteren. Auch in kaufmännischen Betrieben ist die Arbeitsweise in heutiger Zeit eine anstrengende und darum für Kinder ebenso nachteilig wie jene in gewerblichen Betrieben. Außerdem trifft auch die völlige Los-trennung der Zeitungs-Expedition von der Druckerei nicht das Richtige. Denn die Expedition ist in Wirklichkeit ein Bindeglied zwischen Druckerei und Verlag. Ferner kann man auch darüber sehr geteilter Meinung sein, ob die Expeditionsarbeit eine mehr kaufmännische als gewerbliche ist. Unseres Wissens müßten sehr viele Arbeiter in Zeitungs-Expeditionen arbeiten wie die Sachträger, besonders wenn es gilt, die Zeitungen zur rechten Zeit an Post und Bahn zu schaffen. Von kaufmännischer Tätigkeit im landläufigen Sinne ist da sehr wenig zu verspüren.

Die Ablehnung einer Verächtigung im guten Glauben gab Anlaß zu einer interessanten Entscheidung des Schöffengerichts in Ratibor. Es hatte sich dort auf die Klage des Redakteurs der „Schlesischen Volkszeitung“ der Leiter der „Oberschlesischen Volkszeitung“ zu verantworten, weil er eine Verächtigung nicht angenommen hatte. Vor Gericht entschuldigte sich der Angeklagte damit, daß er auf das Verächtigungsverlangen mit einem Briefe geantwortet habe, den aber der Kläger nicht beantwortete. Darauf ordnete zwar das Gericht die nachträgliche Aufnahme der Verächtigung an, sprach aber den Angeklagten von Strafe und Kosten frei. In der Urteilsbegründung hob der Vorsitzende hervor, daß der Angeklagte in gutem Glauben gehandelt habe, da es Sitte und Instand entsprochen hätte, wenn der Kläger auf den Brief geantwortet hätte.

Das treu bewahrte Redaktionsgeheimnis. In Frankfurt soll demnach ein Redakteur vor die Schranken des Schwurgerichts im Departement Corree gestellt werden, weil er, um den Einsender eines Artikels nicht zu verraten, den Augen des Untersuchungsrichters einen Briefumschlag verschluckte, auf den der gesuchte Absender seine Adresse geschrieben hatte. Die Anklage stützt sich auf den Begriff „Verächtigung eines gerichtlichen Beweismittels“. Offenlich trifft den wackeren Journalisten keine harte Strafe.

Kontrollversammlungen, Politik und Kriegervereine. Gegenüber den tagtäglich immer schärfer hervortretenden Bestrebungen gewisser Kreise in der Öffentlichkeit, vor einem untraglichen Terrorismus der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gegenüber unorganisierten Arbeiter allgemein gütlich zu machen, ist es leider notwendig, als Wehrmittel gegen solche Gefahren auch solche zu benutzen, die in einer Prüfung der moralischen Berechtigung zu solchen Anklagen bestehen. Nur wer selbst ein reines Bruststück hat, darf sich hier als Richter aufspielen. Dieser uralte Rechtsgleichmaß wird aber gerade dort den hier in Frage kommenden Anklagen am allerwenigsten beachtet. Denn fast durchweg kann man bei allen diesen Vorwürfen gegen die organisierte Arbeiterschaft erkennen, daß ihre Urheber alle Ursache hätten, vor ihrer eignen Türe zu kehren. Ganz besonders trifft dies bei den Kriegervereinen zu. Von ihnen haben wir schon oft berichten müssen, daß ihre Unzuldsamkeit gegen die Gewerkschaften fast keine Grenzen mehr kennt. Würden sich diese Tendenzen der Kriegervereine nur im Schoß ihrer eignen Einrichtungen geltend machen, so wäre das freie Spiel der Kräfte unsererseits die beste Wehr. Leider reicht aber diese gewerkschaftsfeindliche Strömung dieser Vereine weit ins bürgerliche Leben hinein und verschärft dadurch wirtschaftliche Meinungsverschiedenheiten in prinzipielle und politische. Darauf ist auch die Abwehrstellung der freien Gewerkschaften gegen die Militärvereine in der Hauptsache zurückzuführen. Nun wird aber diese Spannung noch mehr erweitert durch einseitige Begünstigung der Kriegervereine seitens der Militärbehörden. Während z. B. die freien Gewerkschaften sich in dem Bestreben, ihre Mitgliederzahl zu vergrößern, in erster Linie auf die Werbestraft des alltäglichen Lebens in Fabrik und Werkstätte verlassen, stellen sich den Militärvereinen Kräfte zur Verfügung, deren Wirkung von moralischen Begriffen aus noch viel schlimmer einzuschätzen ist als der Terrorismus, den man sonst den Arbeiterorganisationen zum Vorwurfe macht. Damit meinen wir jene militärischen Kontrollversammlungen, die nicht selten den Charakter einer öffentlichen Agitationsversammlung für die Kriegervereine tragen. Hier, unter dem Druck der strengen Militärgeheße, die es jedem Versammlungssteilnehmer bei schwerer Strafe verbieten, auch nur einen Gedanken zu verraten, der mit der Meinung des Versammlungsleiters nicht übereinstimmt, wird oft ein Geistesterrorismus ausgeübt, der jeder Verjährung spottet. Ein so unerhörter Mißbrauch mit Reichsgesetz fand z. B. erst kürzlich in Neuruppin statt. Dort ließ der eine Kontrollversammlungen abnehmende Hauptmann nach Erledigung der üblichen Angelegenheiten die Chargierten vortreten, die noch nicht einem Kriegerverein angehören. Jeden einzelnen fragte er nach dem Grunde dieser Enthaltung. Alle Reservisten

forderte er auf, sich einem Kriegerverein anzuschließen. Und zum Schluß kam er sogar noch auf die nächsten Reichstagswahlen zu sprechen, wobei er unter Hinweis auf den Fahnenred es als ausgeschlossen bezeichnete, daß eine gewisse Partei unterstellt werden könnte. Angesichts solch grober Beeinflussungen von militärischer Seite in einseitigen Parteinteressen ist es doch jedenfalls mehr als grober Unfug, von einem Terrorismus der freien Gewerkschaften zu sprechen. Wir aber nehmten davon lediglich darum Notiz, um unsern Lesern zu zeigen, was auf diesem Gebiet alles versucht und gemacht wird.

Eine traurige Beschimpfung der deutschen Arbeiter leistete sich kürzlich die „Deutsche Arbeiterzeitung“. Sie brachte in Nr. 30 einen Auszug aus einem Werke, das demnach erst erscheinen und in dem die Arbeitsweise der deutschen Arbeiter nach angeblichen persönlichen Erfahrungen geschildert werden soll. Darin wird das Tagewerk eines Vertrauensmannes der Arbeiter wie folgt geschildert: „Mit festen Tritten, die breite, gewölbte Brust stramm herausgedrückt, trat der Maschinenführer Leonhard noch täglich durch das Fabriktor. Entledigte sich in der Garderobe seiner Oberkleider und stand fünf Minuten nach 7 Uhr vor seinem Schraubstock. Entnahm seiner Schublade lässig Kamm und Spiegel und betrachtete in dem Glas wohlgefällig sein volles Gesicht, das mit dem martialischen Schnurbart, der länglichen, geraden Nase, dem dunklen Teint und den tiefdunklen Pupillen, von ins Ulläufige hinüberdämmenden, dichten Kopfschuppen umrahmt, auf Frauenherzen nicht ohne Eindruck bleiben mochte. Aber in diesem Anblicke lagen schon die ersten, noch kaum merkblichen Anzeichen einer leichtsinnig verwirkelten Jugend, und die fleischigen Lippen verbargen einen raubtierartigen Zug. Nachdem er mit bedächtiger Ruhe seine Friseur in Ordnung brachte, redete er die muskulösen Arme. Erst jeden einzeln für sich, bog ihn rechts, links, geradeaus, dann beide Gelenke zusammen ebenso, hierauf stemmte er die Fäuste auf die Brust, atmete tief und stieß die Arme dreimal kraftvoll nach vorn. Diese Anstrengung erforderte eine kurze Raft. Er ließ sich auch, von dem Gedanken an die in Ulläufigkeit stehende Arbeit des Tages schon ermüdet, schwer und schweißig auf seinen Stuhl nieder, versuchte erst den einen und dann den anderen Fuß nach oben und den Körper nach unten zu biegen. Auf das erste Mal gelang dies selten, oft machte er dieselbe Bewegung mit verzerrtem Gesichtsausdruck, als ob er mitleidig sagend wollte: „Seht, wie ich mich plagen muß! zwei-, dreimal, bis ihm das Kniestück endlich gelang und er sich von seinen Schuhen befreite. Schlopfte dann, immer lachte wie ein zerbrechlicher Greis, in mollig-bequeme Pantoffel, zog langsam, um ja nichts zu veräumen, seine Hufe an und stand vierzig Minuten vor 8 Uhr gerüstet und bereit, um mit der Arbeit den Kampf aufzunehmen. Querst eintnahm er seiner Werkzeugschublade einen feinen Staubpinsel und verjagte damit jedes Staubpartikelchen von seinem Schraubstock, erst hierauf trat der entscheidende Moment ein. Mit mattem, verzweifelmtem Blick, in dem die ganze Pein seiner armen Seele deutlich zu lesen war, griff er behutend nach der Felte, und — legte sie wieder auf die Werkbank. Stempte die Urmel seiner Hufe bis fast unter die Walselbüßeln hinauf, nahm die Felte mit festem Entschlusse neuerdings zur Hand, legte den linken Fuß vor, und schruppte kräftig los. Einmal — zweimal — dreimal. Dann war's genug der Qual. Zudem er ermüdet und schwer atmete, verließ er entkräftet und schauend den Saal und begab sich nach einem verschwiegenen Orte. Hier pflegte er der wohlverdienten Ruhe und las, gemächlich zurückgelehnt, die Zeitung oder seine Lieblingslektüre: „Der Hund von Baselville“. So um 8 Uhr näherte er sich tatsächlich, zwar noch zurückhaltend und scheu, der ängstlich gefürchteten Tätigkeit.“ Eine so gewissenlose Subtel richtet sich von selbst. Sie läßt tief in die moralische Beschaffenheit derjenigen blicken, die sich berufen fühlen, sich in Diensten des Scharfmachertums gegen die Arbeiter die Finger wund zu schreiben. Doch trauriger aber wäre es, wenn es Unternehmer geben sollte, die solchen heillosen Wblödsinn für bare Münze nehmen. Ihnen wäre nur zu wünschen, daß sie es einmal versuchen könnten, in den wunderbaren „Fußstapfen des „Mechanikers Leonhardt Koch“ zu wandeln. Die modernen Werkmeister, Saalmeister und sonstigen „Dienstbesessenen“ würden sie schnell aus allen Himmeln stürzen.

Sächsischer Streikjustiz. Unter dem Vorhabe des durch seine eigenartigen Ausspruch: „Der Richter stehe zum Angeklagten wie der Offizier zu seinem Untergebenen“, bekannt gewordenen Amtsgeschichts Dr. Rottemojer verhandelte das Schöffengericht in Dresden gegen einige Streikführer. Und die Urteile entsprechen ganz der Anschauung dieses Richters. So wurde ein Arbeiter, der bei dem Streite der Schokoladenarbeiter in Dresden der „Thre“ einiger arbeitswilliger Mädchen zu nahe getreten sein soll, zu fünf Wochen Gefängnis verurteilt. Sein

Verbrechen bestand in der Hauptsache darin, daß er den Schuhen der beiden Arbeitswilligen zu nahe gekommen ist. Die Mädchen erklärten auf Befragen, daß sie dies zwar bemerkt, sich aber nicht verletzt gefühlt hätten. Außerdem hat er die Mädchen durch Worte beleidigt. Wegen Beleidigung und Körperverletzung wurde die hohe Strafe verhängt. In einem zweiten Falle wurde ein Arbeiter von demselben Gerichte zu einer Woche Gefängnis verurteilt, weil er einen arbeitswilligen Fensterputzer einen Streifbrotzer genannt haben soll. Der Angeklagte bestritt lebhaft, das Wort gebraucht zu haben. Als Belastungszeuge diente ein Arbeitswilliger, der wegen Meinungsäußerung nicht eidesfähig war.

Ein Erbd. der Kleinhandl. findet nach einer Mitteilung des „Materialist“, Organ für die Interessen der Kolonialwarenkleinhandl., im nächsten Jahre sein wohlverdientes Ende. Es wird in dem genannten Blatte mitgeteilt, daß die neue Maß- und Gewichtsordnung am 1. April 1912 zur Einführung gelangt. Dann heißt es wörtlich: „Von diesem Tag an darf beim Verwiegen von 125 g (einem 1/2-Pfd.) Ware nicht mehr das 100- sowie das 20- und 5-g-Stück — meist unter Fortlassung des letzteren! — verwandt werden, der Geschäftsmann ist vielmehr verpflichtet, das gesetzlich vorgeschriebene 125 g schwere 1/2-Pfd.-Gewicht auf die Waagschale zu legen. Die vielfachen Klagen über Mindergewicht beim Einkauf von 1/2 Pfd. Ware dürften dann beseitigt sein.“ Die Kleinhandl. geben also hier offen zu, daß sie beim Abwiegen von 1/2 Pfd. die Käufer oft betrogen haben, indem sie seither bei Abgabe von 1/2 Pfd. anstatt 125 g meist nur 120 g verabfolgt haben.

Briefkasten.

S. W. in Jagen: Unsere Briefe kreuzten sich; die Sache hat sich nun erledigt. — **J. W.** in Thann: Kraut und Rüben. — **B. K.** in Mütenberg: Mit wirklichem Bedauern von Zufuhr Kenntnis genommen. Gern werden wir uns dieser kollegialen Beziehungen erinnern und ausdrücklich ist unser Wunsch, daß die Wiederherstellung eine baldige und gründliche sein möge. Größl. — **S. S.** in Würzburg: Werden erst Erkundigungen einziehen. Größl. — **S. S.** in Jhehoe: 2 Mt.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13, I. Fernspr.amt VI. 11.191.

Bekanntmachung.

Wir ersuchen die verehr. Verbandsfunktionäre um Angabe der Adresse des Maschinenmeisters Alfred Sittig, geb. in Meerane am 9. Juni 1878, Hauptbuchnummer 21355. Berlin. Der **Verbandsvorsitz.**

Laugensalza. Der Seher Paul Wolff aus Bernigerode (Hauptbuchnummer 13780) wird wiederholt aufgefordert, seinen Verpflichtungen dem Kassierer v. B. v. Bülow, Vor dem Klager 12, gegenüber nachzukommen und sein Buch einzulösen, widrigenfalls Ausschluß beantragt wird. Die Herren Funktionäre werden ersucht, W. auf diese Notiz aufmerksam zu machen.

Witten (Ruhr). Der Seher Max Schlämann (Hauptbuchnummer 53059), angeblich jetzt in Hildesheim in Konfession, wird hiermit aufgefordert, den erhaltenen Vorfuß umgehend portofrei an den Kassierer Jakob Bauer, Widenstraße 52 I, einzulösen, widrigenfalls Ausschluß beantragt wird.

Adressenveränderungen.

Witten (Ruhr). Kassierer: Jakob Bauer, Widenstraße 52 I.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigeigte Adresse zu richten):

In Berlin die Seher 1. Erich Bauer, geb. in Frankfurt a. O. 1890, ausgel. in Berlin 1908; 2. Georg Flöter, geb. in Berlin 1890, ausgel. in Wittenberge 1909; 3. Paul Geier, geb. in Königsberg (N.-M.) 1892, ausgel. daf. 1910; 4. Emil Kaltenbrunn, geb. in Dschay 1889, ausgel. daf. 1907; 5. Paul Köhler, geb. in Friedrichsfelde 1891, ausgel. in Berlin 1910; 6. Richard Köhler, geb. in Fürstenwalde 1885, ausgel. daf. 1903; 7. Wilhelm Treu, geb. in Berlin 1892, ausgel. daf. 1902; 8. der Schweizerberger Paul Schulz, geb. in Schwyz 1889, ausgel. in Ripphege 1908; waren noch nicht Mitglieder; die Seher 9. Wilhelm Albrecht, geb. in Berlin 1888, ausgel. daf. 1906; 10. Martin Wähner, geb. in Zargau 1881, ausgel. daf. 1899; 11. Julius Friedemann, geb. in Glamen 1863, ausgel. in Spremberg 1883; 12. Rudolf Weil, geb. in Berlin 1884, ausgel. daf. 1902; 13. Franz Gerth, geb. in Berlin 1888, ausgel. daf. 1907; 14. Wendelin Kapst, geb. in Landeb. i. Schl. 1884, ausgel. in Liegnitz 1902; 15. Gustav Mucha, geb. in Lichtenberg 1889, ausgel. daf. 1907; 16. Gottlieb Reutscher, geb. in Altbulach 1892, ausgel. in Wasseralfingen 1910; 17. Paul Schmecke, geb. in Berlin 1891, ausgel. daf. 1909; 18. Walter Tillmann, geb. in Mariendorf 1882, ausgel. in Alt-Landsberg 1901; die Schweizerberger 19. Emil Mielke, geb. in Solbin 1879, ausgel. daf. 1899; 20. Kurt Pabst, geb. in Jilmnau 1892, ausgel. in Großbreitenbach 1909; die Drucker 21. Max Sarnisch, geb. in Danzig 1865, ausgel. in Petersburg 1885; 22. Hermann Schulte, geb. in Gelsenkirchen 1885, ausgel.

in Walb 1903; 23. der Seher Paul Baum, geb. in Leipzig 1886, ausgel. daf. 1904; waren schon Mitglieder. — Albert Mastini, Engelfuser 15.

In Erding der Seher Heinrich Mark, geb. in Duisburg 1883, ausgel. daf. 1902; war schon Mitglied. — In Würzburg die Seher 1. Matthäus Brunner, geb. in München 1888, ausgel. in Selb 1906; 2. Arthur Schreiner, geb. in Würzburg 1878, ausgel. daf. 1897; waren schon Mitglieder. — Joseph Seiz in Münden, Holzstraße 24 I.

In Essen der Seher Franz Otto Biederath, geb. in Köln-Nippes 1881, ausgel. in Köln-Ehrenfeld 1899; war schon Mitglied. — In Werdn (Ruhr) der Seher Joh. Heitmann, geb. in Oldenburg 1893, ausgel. daf. 1911; war noch nicht Mitglied. — Otto Kraus in Essen-Mittelscheid, Alfredstraße 1.

In Kräfchenhainchen der Drucker Willi Cuba, geb. in Dessau 1888, ausgel. daf. 1907; war noch nicht Mitglied. — Eduard Freund in Wittenberg a. E., Mauerstraße 11.

In Konstanz der Seher Friedrich Egler, geb. in Ulmannsdorf (Amt Konstanz) 1892, ausgel. in Konstanz 1910; war noch nicht Mitglied. — Chr. Wolz, Richtentalstraße 19.

Arbeitslosenunterstützung.

Hauptverwaltung. Schon wieder müssen wir die Herren Funktionäre vor einem Schwindler warnen, der sich Adolf Eiden nennt und am 5. Mai 1882 in Wilhelmshaven geboren sein will. Er gibt an, daß ihm am 5. November in Salzwedel seine Papiere wie auch sein Verbandsquittungsbuch abhanden gekommen seien. Wir erklären hiermit, daß ein Mitglied dieses Namens niemals in unsern Büchern geführt wurde.

Kottbus. Die Herren Verbandsfunktionäre werden hierdurch ersucht, dem vermutlich noch auf der Reise befindlichen Drucker Franz Müller aus Müllheim (Aaben), geb. den 13. April 1884, die Hauptbuchnummer 28289 einzutragen zu wollen.

Rürnberg. Als Reisekassenverwalter fungiert bis auf weiteres Kollege W. Barbara, Kirchenweg 11. Die Auszahlung der Reiseunterstützung findet mittags von 12^{1/2} bis 1^{1/2} Uhr statt.

Bersammlungskaender.

Berlin. Generalversammlung Donnerstag, den 23. November abends 8^{1/2} Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engelfuser 15.
Essen-Nippes. Maschinenvereinsversammlung heute Dienstag, den 21. November, abends 8^{1/2} Uhr, im Restaurant Saitotte, Essen, Niehoferstraße.
Frankfurt. Generalversammlung Sonnabend, den 9. Dezember, abends 8^{1/2} Uhr, bei Schubert Kurstraße 21.

Vierfarbendruck-

Maschinenmeister bei hohem Lohn gesucht. Nur allererste Kräfte belieben Angebot einzureichen mit Gehaltsansprüchen und Eintrittstermin.

Döring & Huning, Berlin SW, Friedrichstr. 16

Wer das Schriftschreiben innerhalb eines Jahres systematisch erlernen will verlange sofort ausführlichen Prospekt und Anmeldeformulare vom Verlag der Typograph-Jahrbücher Leipzig

Gepr. und zuverlässiger

Korrektor

von süddeutscher Drucker und Verlagsanstalt gesucht. Eintritt nach Vereinbarung. Werte Offerten mit Lohnanspruch und Zeugnisabschriften unter Nr. 178 an die Geschäftsstelle dieses Blattes senden.

Notationsmaschinenmeister

für Frankfurter Maschine nach einer Großstadt Süddeutschlands in dauernde Stellung gesucht. Es werden sich nur arbeitsfreudige, zuverlässige und an selbständiges Arbeiten gewohnte Herren melden, die einen tadellosten Zeitungsdruck durchführen. Eintritt nach Vereinbarung. Werte Offerten mit Lohnanspruch und Zeugnisabschriften unter Nr. 177 an die Geschäftsstelle dieses Blattes senden.

Städtiger Handmaschinenbauer und geübte **Teilerin** finden dauernde Kondition. Schriftgießerei Otto Koch, Berlin S.

Junges Galvanoplastiker durchaus tüchtiger Präger und Arbeiter, bald gesucht. Angebote erbeten an Chemisch-Galvanische Industrie, G. m. b. H., Breslau 8.

Schriftteilerin wird sofort gesucht. E. Aberg, Schriftgießerei, Leipzig, Brüderstraße 57.

Geübte Schriftteilerin sucht bei hohem Lohn für dauernde Stellung. 188 Schriftgießerei Glinski, Frankfurt a. M.

Junger Seher in allen vornehmenden Arbeiten. Sucht sofort tarifmäßige Kondition. Werte Offerten an Leo Grünbaum, Pölscheschau 10.

Zurichtemesser und Scheren Ahlen, Pinzotten, alle Utensilien für Setzer und Drucker empfohlen. K. Stegl, München 80 7. Katalog gratis.

Suche Stelle als Leiter einer galvanoplastischen Kunstanstalt

Sin in allen Fächern selbständig und habe umfangreiche Erfahrung. I. Referenzen des In- und Auslandes stehen zur Verfügung. Nur auf feste Stellung wird reflektiert. Zustand bevorzugt. Werte Offerten unter Nr. 183 an die Geschäftsstelle dieses Blattes senden.

Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Donnerstag, den 30. November, abends pünktlich 8 Uhr, im großen Saale der „Armin-Hallen“, Kommandantenstraße 58/59:

Ordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Wahl von drei Vorstandsmitgliedern für die Jahre 1912-1914 (einz. Arbeitgeber, zwei Arbeitnehmer); 2. Wahl des Rechnungsausschusses für das Jahr 1912; 3. Verschiedenes.

Berlin, 13. November 1911.

Der Vorstand.

J. Stenz, Vorsitzender. Otto Montzki, Schriftführer.

Buchdrucker-Verein in Hamburg-Altona.

Dienstag, den 28. November, abends 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Besenbinderhof:

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen; 2. Vortrag des Redakteurs R. Berner: „Weltanschauung und Proletariat“; 3. Geldberichtigungen; a) für die Sabatarbeiter, b) für den Literarischen Ausschuss für das Arbeiterbildungswesen; 4. Kartellberichte. Jahrestreue Beachtenswert.

Der Vorstand.

Das hochoriginale **deutsche** Heft der „Typographischen Zeitschriften“ liegt in bequemer Reichhaltigkeit voranfertigt vor. 24 Seiten mit etwas neuartigen Motiven. Preis 1 Mark, Porto 10 Pf. Zu beziehen durch Alfred Wendler, Braunschweig, Schwanenstraße 10, oder auch durch jede Buchhandlung am Platze. Prospekte frei.

H. MATHAEUS DESSAU Flossergasse 46 Katalog gratis u. fr.

Nach langem, schwerem Leiden verschied am 17. November unser wertes Mitglied, der Faktor **Viktor Schwarz** aus München, im Alter von 88 Jahren. Wir werden seiner in Ehren gedenken. [187] Ortsverein Itzhoeh.